

1. Lehrkräftemangel:

1.1. Wann und in welcher Höhe erhöhen Sie den hessischen Bildungshaushalt? Welche Bereiche werden Sie zu Gunsten der Bildung reduzieren?

Eine konkrete Zahl können wir Ihnen nicht nennen und bitten dafür auch um Verständnis. Klar ist: Jeder zusätzliche Euro im Bildungsbereich ist nicht nur gut angelegt, gut und richtig, sondern rechnet sich auf lange Sicht doppelt und dreifach. Wenn wir das als Gesellschaft endlich verstehen und entsprechend handeln, wäre viel gewonnen.

Wir wollen keine Bereiche gegeneinander ausspielen. Gleichwohl gilt: Wir müssen effektiver mit den zu Verfügung stehenden Mitteln umgehen. Im Hinblick auf Digitalisierung und Entbürokratisierung lassen sich unserer Meinung nach viel Geld im gesamten Haushalt sparen, die man dann auch wieder – gerne vor allem im Bereich der Bildung – einsetzen kann. Gleichwohl bezweifeln wir, dass wir jeden (im Hinblick auf die weiteren Fragen) Wunsch bereits morgen erfüllen können. So viel Realismus muss man in Zeiten von knappen Kassen (in der Kommune) und dem Fachkräftemangel dann doch walten lassen. Das soll allerdings nicht heißen, dass wir nicht alles dafür tun müssen, alles zu erreichen.

1.2. Wie schaffen Sie kurzfristig mehr Lehramtsstudienplätze an hessischen Hochschulen? Wie reformieren Sie das Lehramtsstudium und machen es attraktiver? Wie verhindern Sie hohe Abbrecherquoten?

Eigentlich gibt es genug Lehramtsstudierende, doch diejenigen die das Studium erfolgreich beenden und sich dann auch noch für den Lehrerberuf entscheiden, liegt deutlich darunter. Dieses Potenzial kann man schnell heben, indem man den Beruf attraktiv macht. Dafür gilt es, den Studierenden zuzuhören und entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Viele fühlen sich nicht ausreichend auf die spätere Arbeit vorbereitet, und stellen erst im Referendariat fest, dass sie nicht das erforderlichen Rüstzeug haben, um vor einer Klasse zu bestehen. Deshalb sollte der Aspekt des guten Unterrichtens – neben der Fachlichkeit – bereits früh im Studium Berücksichtigung finden, auch mit Praxismodulen.

Für uns ist schon lange klar: Die gesamte Lehrkräfteausbildung benötigt einen Neustart. Elternbildung und Digitalisierung sind in den Studienplänen nicht bzw. zu wenig vorhanden, Fächer werden oftmals mit den „normalen“ Studierenden zusammen gelehrt: Muss eine Grundschullehrerin Mathe für die Oberstufe beherrschen und damit zusammen mit Mathematikstudierenden lernen? Wir finden: Nein!

1.3. Welche Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung werden Sie anstoßen? Wie qualifizieren Sie Quereinsteiger*Innen für den Lehrberuf?

Qualifizierung spielt nicht nur bei der Lehrkräftegewinnung, sondern in der Arbeitswelt generell für die SPD eine große Rolle. Wichtig ist aber auch: Lehrkräfte sind an die Schule gegangen, um zu unterrichten, und nicht um sich mit bürokratischen Formalia herumzuschlagen. Dafür muss das Kultusministerium endlich mehr Freiräume einräumen: Lehrpläne entschlacken, den Lehrkräften mehr Freiraum geben. 60 Stundenwochen und mehr sind für viele Lehrkräfte normaler Alltag. Ein weiterer Ansatz wäre, Systeme zur dualen

Weiterbildung von Quereinsteigenden entwickeln: also Theorie gepaart mit erster Unterrichtspraxis bzw. Hospitation.

1.4. Wie schaffen Sie in den Schulen Arbeitsbedingungen, die Schulleitungen und Kollegien nicht zum Aufgeben treiben?

Erfolgreich versprechende Bausteine sind gute Personalausstattung, Unterstützung durch multiprofessionelle Teams aus Schulpsycholog*innen, Sozialpädagog*innen, Erzieher*innen, aber auch Verwaltungskräfte und technische Servicekräfte sowie Fachstellen für Teambesprechung, Supervision und Troubleshooting.

1.5. Wie finanzieren Sie die dringend benötigten ‚multifunktionalen Teams‘ in den hessischen Schulen, von IT – Beauftragten, über Schulsozialarbeiter*Innen bis zur Gesundheitsfachkraft?

Leider haben wir es hier, wie auch beim Schulbau oder Mitteln für die Digitalisierung mit einem Mix aus Zuständigkeiten zu tun: Bildung ist Ländersache, Schulen werden von den Kommunen gebaut und Instand gehalten, der Bund will gerne mehr finanzieren und beißt sich dann an dem Föderalismus die Zähne aus. Dieses System werden wir nur sehr schwer ändern können, wenn alle weiterhin auf ihren „Pöstchen“ und „Macht“ und „Einfluss“ sitzen bleiben wollen. Das Land Hessen muss gemeinsam mit den Kommunen ausreichende Schulbudgets bereitstellen, die diese notwendige personelle Ressourcen dauerhaft und verlässlich finanziert. Grundsätzlich ist eine finanzielle Beteiligung des Bundes wohl unerlässlich. Die Schulbudgets sollten entsprechend der sozialen Herausforderungen der einzelnen Schulen variieren (Sozialindexierung). Auch hier gilt es pragmatisch zusammenzuarbeiten, statt Befindlichkeitsbingo zu spielen.

1.6. Was tun Sie hinsichtlich der Entfristung von Lehrkräften (Stichwort TV-H Verträge)?

Die SPD steht nach wie vor für gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Die Entfristung ist, wie oben bereits genannt, wieder einmal zu kurz gedacht und kommt dem Steuerzahler über andere Ebenen teuer zu stehen. Die Befristungen werden wir als SPD abschaffen.

1.7. Wie stellen Sie zukünftig eine verlässliche Planung bei der Lehrkräfteversorgung sicher?

In dem man langfristig plant, realistische Daten heranzieht und die Indikatoren kontinuierlich überprüft und anpasst. Dass Lehrkräfte fehlen, ist jedem seit Jahren bekannt außer dem Hessischen Kultusminister. Auch dass die Babyboomer eine riesige Lücke reißen werden, ist seit Jahrzehnten bekannt. Leider hat sich dafür jahrzehntelang niemand interessiert. Wenn wir sehen, dass nur 50 Prozent der Lehramtsstudierenden am Ende auch im Lehrerberuf landen, haben wir eigentlich beste Voraussetzungen.

2. Bildungsgerechtigkeit

2.1. Wenn Ihre Fraktion an der Landesregierung beteiligt würde – was wäre ein Reformprojekt an den Schulen, das Sie auf jeden Fall auf die Tagesordnung setzen würden?

Gute Bildung fängt bereits vor der Schule an: Bei den Eltern, in der Krippe und Kita und dann natürlich in der Schule und geht dann über die Ausbildung bis hin zum Studienabschluss und darüber hinaus. Bildung muss ganzheitlich und im Lebenslauf betrachtet werden, es geht um Bildung ein Leben lang, von Kindesbeinen bis ins hohe Alter. Jedes Kind soll nach seinen Stärken und Fähigkeiten einen Abschluss machen und sich individuell weiterentwickeln. Bildung machen wir kostenlos. Den Frontalunterricht im 45-Minutentakt werden wir beenden, Noten auf Talentfächer gehören abgeschafft, Schulen sollen für ihre individuellen Konzepte mehr Freiheiten bekommen. Insgesamt muss es ein Umdenken geben in Richtung individuelle Förderung. Die Schulen benötigen an die sozialen Herausforderungen der Schulgemeinde durch eine gerechte Sozialindexierung angepasste Budgets (Finanziell und Personell)

2.2. Wie steht Ihre Partei zum dreigliedrigen Schulsystem und zum frühen Übergang der Schüler*Innen in eine der drei Schulformen? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die IGS (Integrierte Gesamtschule)?

Die SPD ist davon überzeugt, dass längeres gemeinsames Lernen den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern verbessert. Die frühe Sortierung in unterschiedliche Schulformen wollen wir beenden.

2.3. Was sind Ihre Pläne, um die Bildungschancen aller Kinder zu gewährleisten? Gehört die gebundene Ganztagschule dazu? Wenn ja, wie sorgen Sie für eine ausreichende Anzahl von Lehrkräften?

Indem Bildung von der Krippe bis zum Abschluss einer Ausbildung oder eines Studiums kostenfrei wird. Den Ganztag befürworten wir und werden eng mit den Kommunen (als Träger der Jugendhilfeplanung) kooperieren, um das Recht auf ganztägige Förderung und Betreuung im Grundschulalter ab 2026 bestmöglich umzusetzen. Zu den Lehrkräften: s.o.

3. Schulsozialarbeit und Berufsvorbereitung

3.1. Welchen Schlüssel ‚Anzahl Schulsozialarbeiter / Schüler‘ sehen Sie als notwendig an?

Der Projektverbund Schulsozialarbeit in Hessen fordert für die Schulsozialarbeit (SSA) Standards, die weitestgehend denen der städtischen Schulsozialarbeit in Wiesbaden (in Verantwortung des Amtes für Soziale Arbeit) entsprechen. Diese sehen eine SSA-Kraft für 6 Klassen vor. Für allgemeinbildenden Schulen übersetzt sich das in einen Schlüssel von 1 SSA-Kraft für 150 Schüler*innen. Aufgrund der kleineren Klassengrößen ergibt sich für Förder- und beruflich bildenden Schulen eine Relation von ungefähr 1:120 (in der beruflichen Bildung) oder eine noch positivere Relation an Förderschulen. Die städtische Schulsozialarbeit begründet sich aus § 13 Sozialgesetzbuch VIII und hat zur Aufgabe, herkunftsbedingte Benachteiligungen einzelner Schülergruppen zu kompensieren.

3.2. Sehen Sie die Schulsozialarbeit als ‚Landesaufgabe‘ und wie finanzieren Sie den Ausbau der Schulsozialarbeit in allen hessischen Schulen?

Nach Einführung der „UBUS-Kräfte“ im Jahr 2018 (vgl. Erlass zur Umsetzung der unterrichtsbegleitenden Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte (UBUS) zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages in Hessen) gibt es keine Landeszuschüsse mehr an die Kommunen für ein Angebot nach § 13 SGB VIII. Das Land sollte sich – unabhängig von der Beibehaltung der UBUS-Kräfte - zukünftig wieder an der Finanzierung der Schulsozialarbeit in der Verantwortung der Jugendämter beteiligen. Das Land muss grundsätzlich die Schulsozialarbeit finanzieren, sollte jedoch diese in enger Zusammenarbeit mit der kommunal verantworteten Jugendhilfe umsetzen. Hier bieten sich schulbezogene Netzwerke an.

3.3. Setzen Sie sich für die rechtliche Absicherung und eine kontinuierliche Finanzierung der Schulsozialarbeit ein?

Hier verweisen wir auf die erste Frage: Jeder eingesetzte Euro ist gut für die Bildung und damit auch langfristig für das ganze Land. Schulsozialarbeit sollte nach § 13 SGB VIII in Kooperation von Land und Kommune verbindlich umgesetzt und weitgehend vom Land finanziert werden.

4. Schulpsychologie

4.1. Beurteilt Ihre Fraktion dies als wichtiges Thema für die Schulen und, falls ja, wie könnte Ihrer Meinung nach eine bessere Versorgung gewährleistet werden?

Ja, das Thema ist sehr wichtig; insbesondere nach den Einschränkungen der Coronazeit gibt es bei Schülerinnen und Schülern erhöhten Bedarf an psychologischer Beratung/Betreuung. Da es auch bei niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychologen lange Wartezeiten gibt, ist es um so wichtiger, den Schüler*innen direkt über die Schule eine Anlaufstelle für psychologische Beratung anzubieten. Der gegenwärtige sollte verbessert werden, auch wenn durch die Schaffung entsprechender Stellen allein das Problem nicht lösen lässt (Stichwort Fachkräftemangel).

4.2. Wie stellen Sie sich die Finanzierung zusätzlicher Stellen vor?

Auch hier muss das Land die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen, weil die Kommunen alleine nicht dazu in der Lage sein werden.

5. Ganztagsbetreuung in der Grundschule

5.1. Wie soll die gesetzlich verbriefte Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026 sichergestellt werden?

Wir sind jetzt mal ganz ehrlich: es stellt eine große Herausforderung dar, den Anspruch, wie er sich aus dem Gesetz zur ganztägigen Bildung und Betreuung im Grundschulalter ergibt, flächendeckend darzustellen. Hier zeigt sich ein Problem des Bildungsföderalismus:

Bundestag und Bundesrat (also auch die Länderkammer) beschließen das Gesetz, für die Umsetzung jedoch müssen alle Ebenen, insbesondere aber Länder und Gemeinden, zusammenwirken. Leider hat sich das Land Hessen (sowohl Kultus- als auch Sozialministerium) bisher nicht als zuverlässiger Partner der Kommunen gezeigt. Wer bestellt bezahlt, ist unser Credo. Deshalb müssen Bund und Land mehr Mittel bereitstellen. Unser Anspruch ist es, den Rechtsanspruch überall in Hessen zu erfüllen, in jedem Stadtteil und jedem Dorf. Um den Rechtsanspruch so umzusetzen, dass er nicht allein die Berufstätigkeit der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten erleichtert (Stichwort Betreuung), sondern auch gute und chancensensible Förderung aller Schülerinnen und Schüler gewährleistet (Stichwort Bildung), braucht es nicht allein finanzielle Mittel. Es braucht auch ein Umdenken im System Schule, beispielsweise in Fragen der Schulorganisation, die Einführung und Finanzierung multiprofessioneller Teams aus Lehrkräften, Sozialpädagog*innen, Erzieher*innen etc. sowie bei der Kooperation mit außerschulischen Bildungsakteuren, die es für einen gelingenden Ganzttag braucht. Viele Schulen sind hierzu bereit, jedoch braucht es andere Rahmenbedingungen, die es den Schulen erleichtert, mit außerschulischen Bildungsanbietenden zu kooperieren.

5.2. Was tun Sie konkret, um genügend Fachkräfte zu gewinnen, Quereinsteiger zu gewinnen und weiter zu qualifizieren?

Neben den bereits genannten Maßnahmen, die sich in erster Linie auf Lehrkräfte beziehen, besteht unser Ansatz darin andere pädagogische Fachkräfte, Verwaltungskräfte und Servicetechniker*innen an den Schulen aus Landesmitteln zu finanzieren und nicht zuletzt müssen wir die Lebenshaltungskosten in Wiesbaden bezahlbar halten. Da Wohnkosten regelmäßig den größten Anteil an den monatlichen Lebenshaltungskosten ausmachen, versuchen wir mit verschiedenen Maßnahmen, den hohen Mietkosten entgegenzuwirken, u.a. mit der Entwicklung neuer Flächen für Wohnraum, der dann auch für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen erschwinglich ist.

5.3. Wie unterstützen Sie die Städte und Kommunen bei der Bereitstellung von schul- und wohnortnahen Räumlichkeiten für die Nachmittags- und Frühbetreuung?

Die Kommunen als Schulträger müssen aus einem Landesfond beim Bau und der Inneneinrichtung sowie der Digitalisierungstechnik der Betreuungsangebote unterstützt werden. Ziel muss eine Integration der zusätzlich benötigten Räumlichkeiten in die Schule oder nah der Schule sein, um einen integrierten rhythmisierten Ganzttag zu ermöglichen.

6. Schulverpflegung (Mittagessen)

6.1. Wie soll sichergestellt werden, dass ALLE Kinder und Jugendlichen die Chance auf eine gesunde, bezahlbare Verpflegung in der Schule erhalten? Werden Sie sich für eine Preisobergrenze beim Schulessen und qualitative Vorgaben für das Essensangebot (regional, bio etc.) einsetzen?

Es braucht klare Vorgaben, wie solche Mittagessen aussehen sollen. Dass dieses auch für die Familien bezahlbar sein muss, ist klar. Dafür müssen wir auch Geld in die Hand nehmen. Wenn wir uns die Liste anschauen, was hier alles ansteht (, Lehrmittel, Ausbildung von Fachkräften, Nachmittagsbetreuung, Schulpsychologen, Schulsozialarbeit etc.) wird klar,

dass nicht alles und sofort möglich sein wird. Wesentlich ist jedoch, dass insbesondere Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen nicht überfordert werden.

6.2. Werden Sie verpflichtende Vorgaben für die Ausstattung der Schulen mit Frischküchen vorantreiben?

Das muss das Ziel sein. Aber wenn man sich die Situation vor Ort anschaut, wird das eine Generationenaufgabe, nicht nur was diese kosten, sondern schlicht auch die Räume angeht.

7. Digitalisierung und Medienbildung

7.1. Wie soll Ihrer Meinung nach die Digitalisierung der Schulen weiter vorangebracht werden? Wo setzen Sie Schwerpunkte? Werden Sie verbindliche, einheitliche Konzepte für alle Schulen einführen?

Es wäre fatal, wenn wir die Chancen der Digitalisierung nicht nutzen würden und diese auch an die Schülerinnen und Schüler weitergeben. Wir präferieren Konzepte, die den Schulen einen groben Rahmen vorgeben, aber eine individuelle Ausgestaltung und Profilbildung ermöglichen.

7.2. Beabsichtigen Sie die konzeptionelle und finanzielle Beteiligung des Landes bei der Ausstattung der Schüler*Innen mit digitalen Endgeräten?

Die Stadt Wiesbaden hat bereits die 1:1-Ausstattung mit digitalen Endgeräten beschlossen und setzt diese Zug um Zug um. Es kann jedoch nicht sein, dass die Ausstattung der Schüler*innen mit digitalen Endgeräten für den Unterricht abhängig ist von der Finanzkraft der Kommunen. Dementsprechend setzen wir uns dafür ein, diese nicht von der Lehrmittelfreiheit auszunehmen, wie es die amtierende Regierungskoalition getan hat (vgl. Änderung des Hessischen Schulgesetzes von Dezember 2022). Denn: im digitalen Zeitalter sind digitale Endgeräte unbedingt als Lehrmittel zu definieren und Lehrmittel sind Landesaufgabe!

7.3. Sehen Sie in IT-Kräften an Schulen und der Professionalisierung der Medienzentren eine Möglichkeit, die Schulen bei der Digitalisierung zu unterstützen? Und wenn ja, welche Möglichkeiten dafür werden Sie schaffen?

IT-Kräfte sind bereits heute Mangelware in Deutschland und wir sehen nicht, dass wir hier mit einer baldigen Trendwende rechnen können. Technische Assistenzkräfte sind auf längere Sicht aber eine sinnvolle Unterstützung für die Lehrkräfte (siehe oben Multiprofessionelle Teams). Wir könnten ihnen Wolkenschlösser versprechen, aber das hat wenig dann mit einer realistischen Sicht auf die Dinge zu tun. Wir müssen zunächst einmal definieren, was wir unter Digitalisierung von Schulen verstehen? Ist das der Ersatz von Tafeln durch Whiteboards, ist das die Abschaffung von klassischen Schulbüchern durch den Einsatz von Tablets oder ist das der vernetzte Schulalltag?

7.4. Wie planen Sie den Ausbau der Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte zum Einsatz digitaler Medien inkl. KI?

Lehrkräfte müssen sich ständig weiterbilden. Die Einbindung von IT ist primär eine pädagogisch-didaktische Frage und muss einen breiten Raum in der Weiterbildung einnehmen. Natürlich ist es vllt. für jemanden, der 40 Jahre im Schuldienst tätig ist, nicht unbedingt mehr zuzumuten für die letzten Jahre sich hier weiterzubilden. Wir glauben, dass viele Lehrkräfte weiter sind, als das Ministerium.

7.5. Wann wird Medienbildung fester Bestandteil der Lehrpläne an hessischen Schulen sein?

Hoffentlich spätestens, wenn die SPD endlich wieder etwas im HKM zu sagen hat.

7.6. Haben Sie bereits Überlegungen zur Anpassung von Curricula und Prüfungsformaten angestellt, um den veränderten Rahmenbedingungen durch KI-Tools wie Chat GPT zu begegnen?

Politik hat ja immer viele Ideen, Experten noch viel mehr. Doch bis so etwas durch eine Verwaltung durch ist, vergehen in der Regel Jahrzehnte. Als ersten Schritt sollten wir Schulen ermutigen, fördern und begleiten, die diese Formen erproben wollen. Wir müssen mehr die Frage stellen: Was wollen wir unseren Kindern alles beibringen?

8. Klimaschutz und ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘

8.1. Wie unterstützen Sie die Kommunen bei der Ertüchtigung der Schulen (grüne Schulhöfe, Beschattung/Isolation der Gebäude, Einbau neuer Heiz- und Lüftungsanlagen...)?

Das geht wohl nur über gezielte Landesprogramme, denn für die Schulen sind die Kommunen zuständig, doch wenn ist das nur der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein. Wenn man ehrlich ist: Der finanzielle Aufwand dafür ist nicht stemmbar, auch nicht für das Land. Deshalb kann das nur Zug um Zug geschehen.

8.2. Wann werden Sie verpflichtende Standards für die Vermittlung von Nachhaltigkeitsthemen in die hessischen Kerncurricula aufnehmen, damit sich die Schüler*Innen auf die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereiten können?

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, das es in der kommenden Wahlperiode anzupacken gilt. Bei Bildung für nachhaltige Entwicklung, aber auch bei anderen Themen, gilt: Das Land muss viel stärker als bisher wahrnehmen und unterstützen, was sich in den Kommunen und den lokalen Bildungslandschaften entwickelt und diese Ansätze mit den Schulen verknüpfen.

Die Lehrpläne gehören prinzipiell ganz neu aufgestellt.

8.3. Wann wird BIO zum Standard bei der Schulverpflegung?

So schnell wie möglich.

9. HSU (=herkunftssprachlicher Unterricht) und multikulturelle Bildung

9.1. Wie möchten Sie junge Erwachsene mit einer Einwanderungsbiografie in größerer Zahl dazu ermutigen, den Lehrerberuf zu ergreifen?

Im Rahmen der Attraktivierung des Lehrer:innenberufs sollten auch gezielt Migrant*innen angesprochen werden, um sie für diesen Beruf zu gewinnen, denkbar ist hier auch eine Förderung über Stipendien. Damit würden die Kollegien an den Schulen kulturelle und sprachlich vielfältiger; was wiederum der Schülerschaft, die ihrerseits diverser wird, zugutekommt.

9.2. Wie beabsichtigen Sie der multikulturellen Bildung und der Demokratiebildung in den Schulen mehr Gewicht zu geben?

Mehr Sichtbarkeit in den Unterrichtsinhalten.

9.3. Wie beabsichtigen Sie, den herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) für die Schüler*Innen auszubauen, so dass mehr Kindern und Jugendlichen die Teilnahme wohnortnah ermöglicht wird?

Über die Einstellung von mehr Personal, die die jeweiligen Sprachen sprechen.

10. Inklusion

10.1. Wie setzt sich Ihre Partei für eine Umsetzung der UN-Behindertenkonvention ein und schafft adäquate Lernbedingungen für alle Kinder?

Durch Etablierung und Unterstützung der Lehrkräfte durch multiprofessionelle Teams. Schulen müssen mit Pflege - und Differenzierungsräumen ausgestattet werden. Das Ziel muss eine Schule sein, in der sich alle Kinder wohlfühlen und optimal lernen können. Und Lernen meint hier nicht allein die im Curriculum festgelegten Inhalte, sondern auch die Entfaltung der eigenen Begabungen und Talente sowie das soziale Lernen. Wir sehen Vielfalt an unseren Schulen als Bereicherung und werden Lehrkräfte beim Umgang mit Leistungsheterogenität durch multiprofessionelle Teams und kleinere Klassen unterstützen. Wir wollen den inklusiven Unterricht in allen Schulformen stärken, strukturelle Hindernisse abbauen und sicherstellen, dass ausnahmslos alle Lehrkräfte über inklusive Grundkompetenzen verfügen. Inklusion ist die Aufgabe der gesamten Gesellschaft und aller Schulen, vormittags und nachmittags. Deshalb wollen wir alle Schulen baulich, sächlich und personell in die Lage versetzen, inklusiv zu unterrichten. Das Recht auf inklusive Beschulung darf nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern muss überall gelebt werden. Wir sehen die sonderpädagogische Ressource als Unterstützungsleistung für alle Schüler:innen einer Schule, schaffen mehr Stellen für die Inklusion und werden in diesem Sinn an jeder Schule eine auskömmliche Grundversorgung zur besonderen Förderung sicherstellen. Dabei ist die Professionalität der Förderlehrkräfte und deren Vernetzung untereinander zu sichern. Beratungs- und Förderzentren werden wir zusammen mit dem schulpsychologischen Dienst zu Unterstützungsagenturen für alle Schüler:innen alle Schulen weiterentwickeln. Entsprechend wollen wir die individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen fördern. Dabei setzen wir auf Binnendifferenzierung in integrierten Gesamtschulen und vielfältige Bildungsangebote unter einem Dach, möglichst ohne Querversetzungen. Wir

werden verstärkt individuelle Bildungswege ermöglichen. Dabei sind flexible Eingangsstufen und altersgemischte Klassen hilfreich.

10.2. Wie beabsichtigen Sie die Inklusion auch in den weiterführenden Schulen und hier insbesondere in den Realschulen und Gymnasien voranzubringen?

Inklusion darf nicht nach der Grundschule aufhören, und auch nicht allein Aufgabe der Gesamtschulen sein. Die von der schwarz-grünen Landesregierung eingeführte Struktur der inklusiven Schulbündnisse entfaltet nicht ausreichend Wirkung, dass sich Gymnasien und Realschulen in ausreichendem Maße an der schulischen Inklusion beteiligen. Insgesamt bedarf es mehr sonderpädagogischer Ressource im Gesamtsystem; deren Verteilung an die einzelnen Schulen (und Schulformen) muss starkes Engagement der Schulen stärker berücksichtigen.